II.

Mühlenbann und Burgenbau.

Von

Herrn Privatdozenten Dr. Carl Koehne

in Berlin.

Im Jahre 1904 habe ich in Bd. XXV S. 172—191 dieser Zeitschrift nachgewiesen, daß das Recht der Inhaber gewisser Mühlen, Backöfen und Brauereien auf Ausschluß der Benutzung von Konkurrenzanlagen durch die Einwohner einer bestimmten Gegend, daß also die gewerblichen Zwangs- und Bannrechte zum Teil dem königlichen Bannrechte entstammen. Ich suchte ferner zu zeigen, daß die Entstehung dieser gewerblichen Zwangs- und Bannrechte eng mit den im zehnten Jahrhundert getroffenen militärischen Organisationen, insbesondere mit dem Burgenbaue zusammenhängt, der sich damals von Lothringen aus nach allen Teilen Deutschlands und Frankreichs verbreitete. Es dürfte wohl erlaubt sein, hier einige, mir erst neuerdings bekannt gewordene Tatsachen mitzuteilen, welche den Zusammenhang des Mühlenbanns, d. h. des Rechts der Inhaber der öffentlichen Gewalt, die Errichtung von Mühlen von ihrer Zustimmung abhängig zu machen¹⁾, mit dem Baue der Burgen besonders deutlich hervortreten lassen:

¹⁾ Aus diesem Mühlenbanne gehen, wie wir auch weiter unten sehen werden, vielfach die gewerblichen Zwangs- und Bannrechte bezüglich der Mühle in dem im Texte angegebenen Sinne hervor; doch müssen sie vom Mühlenbanne selbst begrifflich gesondert werden. Vgl. Anschütz im Arch. f. civ. Praxis 54 (1871) S. 409, 410. Unter den Zwangs- und Bannrechten aber ist wieder die Banngerechtigkeit i. e. S., durch welche den Einwohnern eines bestimmten Bezirks verboten ist, ein bestimmtes Gewerbe selbst berufsmäßig zu betreiben, und die Zwangsgerechtigkeit zu unterscheiden, durch welche sie gewisse

1) In seinem wertvollen Werke über „Das Burggrafenamt“, das Rietschel 1905 veröffentlichte, weist er ohne Bezugnahme auf meine ihm offenbar unbekannt gebliebenen Ausführungen darauf hin, daß in Straßburg nach dem ersten Stadtrecht der Burggraf die Erlaubnis zur Mühlenanlage erteilt und daß auch der Nürnberger Burggraf den Mühlenbann besaß, indem die dortigen Mühlen ihm ursprünglich sämtlich gehörten.¹⁾ Dies ist für die hier in Betracht kommenden Fragen deshalb wichtig, weil Rietschels eingehende Forschungen der schon von Nitzsch und Lamprecht vertretenen Ansicht zum Siege verhelfen, daß die Stellung von „militärischen Befehlshabern eines befestigten Ortes, einer Burg“ den Kern der später sehr verschiedenartigen Befugnisse der Burggrafen bildete.²⁾ Die Unterordnung des Mühlenwesens unter den Burggrafen wird auch von Rietschel zutreffend auf militärische Gesichtspunkte zurückgeführt; es kommt sowohl die Fürsorge für die Verproviantierung der Burg wie auch die Gefahr in Betracht, dem Feinde in dem unmittelbar vor der Mauer gelegenen Terrain, das als Festungsrayon in gewissen Beziehungen dem Burggrafen unterstand, durch die Mühlen Deckungs- oder Angriffspunkte zu gewähren.³⁾ Diese Ansicht findet nun eine überraschende

land- und hauswirtschaftliche Bedürfnisse sich nirgends anderswo als bei dem Berechtigten zubereiten oder kaufen dürfen. Vgl. Anschütz a. a. O. S. 411, 412; Gengler, Das deutsche Privatrecht (4) 1892 § 86 Nr. 2 S. 294.

¹⁾ S. 25, 111. — ²⁾ S. 319. Irrtümlich bestreitet Rietschel indes S. 3 Note 6, daß die von ihm selbst für richtig erkannte Ansicht Nitzschs, wie ich Ursprung d. Strafverf. in Worms etc. S. 154 bemerkt habe, auch von Lamprecht D. W. L. I S. 1368 als für das Moselland zutreffend bezeichnet wurde; an der angegebenen Stelle sei — so behauptet R. — „von den Burggrafen der älteren deutschen Städte nicht die Rede“. Indes erwähnt Lamprecht a. a. O. Note 5 sowohl die Burggrafen von Trier, das gewiß eine der ältesten deutschen Städte ist, wie S. 1369 Note 5 die von Nitzsch herangezogenen Widukindschen Burggrafen; wenn er auch von ersteren absehen will, so behandelt er doch im Texte auch das von R. besprochene allgemeine Problem S. 1369 und wirft auf dasselbe neues Licht. — ³⁾ S. 25, vgl. auch S. 331, sowie Koehne in Ztschr. d. Sav.-St. a. a. O. S. 186, 187 über den ebenfalls mit militärischen Rücksichten zusammenhängenden Backofenbann.

Bestätigung in einer Schrift des späteren Mittelalters, welche die vor einer Belagerung zu treffenden Vorkehrungen unter besonderer Berücksichtigung von Worms bespricht. Ein alter Militär rät darin dem Rate, neue Mühlen zu errichten, und zwar möglichst so, daß man sie vom Turme aus mit Geschütz verteidigen könne. Er habe gesehen, wie Städte und Flecken durch Verbrennen ihrer Mühlen bezwungen wurden.¹⁾

2) Bekanntlich wurden die Rechtseinrichtungen, welche die Normannen in dem von ihnen eroberten Teile Frankreichs fanden, dort z. T. lebenskräftiger erhalten und fortgebildet, als dies sonst im westfränkischen Reiche der Fall war²⁾, und mit den Normannen wanderten diese Einrichtungen, namentlich auch das Lehnrecht, nach Unteritalien und Sicilien.³⁾ Daher wird es wohl gewiß nicht zu gewagt erscheinen, ein dort bezeugtes Rechtsinstitut auf das zurückzuführen, was wir in der letzten Zeit des Frankenreiches gefunden haben. Ein arabischer Chronist Ibn al Atir berichtet nämlich von Roger I., dem normannischen Eroberer Siciliens (1060 bis 1101), daß er keinem der unter seiner Herrschaft vereinten Griechen, Franken und Moslims Werkstatt, Mühle und Ofen gelassen habe.⁴⁾ Die über 30 Jahre dauernde allmähliche Unterwerfung der Insel geschah aber in der Weise, daß Roger neben den einzelnen Städten eine Burg baute oder eine normannische Besatzung in eine schon vorhandene, die Stadt beherrschende Burg legte; von der Burg aus gab dann der Kastellan den Befehlen und Forderungen des vom König in der Stadt eingesetzten Beamten Nachdruck.⁵⁾ Nur vor besonders mächtigen Kommunen machten die Ansprüche

¹⁾ S. Boos, Quellen zur Gesch. d. Stadt Worms III (1893) S. 361. Über die Fürsorge der Stadt für Errichtung von Roßmühlen in unruhigen Zeiten vgl. ibid. S. 611 Zeile 19 u. 615 Zeile 33. —

²⁾ Brunner in von Holtzendorffs Encycl. I⁵ (1890) S. 324. — ³⁾ Vgl. Lorentz, De statu, in quem Sicilia a Normannis redacta sit (Berol. 1826) p. 42, 43; Haupt, Die Ansiedl. d. Normannen in Unterit. (Wittenb. 1884) S. 26, 27, 29; Lanza di Scalea in Circolo giuridico Rivista di legisl. e giurisprudenza (Palermo 1891) p. 209; Casper, Roger II (Innsbr. 1904) S. 292, 296. — ⁴⁾ S. Amari, Bibliotheca Arabo-Sicula Versione Italiana (Torino e Roma 1880) I p. 182, vgl. Casper S. 39. — ⁵⁾ von Kap-herr in D. Zt. f. Geschichtsw. V (1891) S. 48 mit Note 1.

Rogers auf den Mühlen- und Ofenbann Halt¹⁾, die hier geradezu zum königlichen Monopol an diesen Anlagen werden. Freilich haben sich diese Monopole in Sicilien nicht lange erhalten. Denn Ibn al Atir gibt unmittelbar nach der erwähnten Mitteilung an, daß der Sohn und Nachfolger Rogers I., Roger II., den Gebräuchen der muselmanischen Könige folgte²⁾, also jene Bannrechte nicht mehr geltend machte. Außerdem finden sich später in Sicilien auch auf dem Lande Mühlen im Privatbesitz³⁾, dagegen keine weiteren Spuren des Mühlen- und Ofenbanns.⁴⁾ Denn nur irrtümlich hat man aus zwei Mandaten Karls von Anjou, welche sich auf die Anlage von Mühlen und Backöfen und seine aus solchen Anlagen stammenden Einnahmen beziehen, auf das Bestehen von Zwangs- und Bannrechten zur Zeit jenes Herrschers geschlossen.⁵⁾

3) Bemerkenswert sind endlich noch die einschlägigen Verhältnisse im Staate des Deutschen Ordens. Bei den alten Preußen geschah die Zerreibung des Korns durch Mahlsteine; die Bezeichnung der einzelnen Teile der Wassermühle in der Sprache jenes Volkes ist höchstwahrscheinlich erst in der Ordenszeit entstanden.⁶⁾ So sind in diesen Gebieten die

¹⁾ Casper S. 295. — ²⁾ Amari *ibid.* — ³⁾ Battaglia, I diplomi inediti relativi all' ordinamento della proprietà fondiaria in Sicilia (Palermo 1895) p. 23. — ⁴⁾ Wenigstens ist in den Werken über die Verfassung und Verwaltung Siciliens unter den Hohenstaufen davon nicht die Rede. Auch Scottus, der Herausgeber des *Syllabus membranarum ad regiae Siculae archivum pertinentium* (1824), hätte derartiges für die Zeit Karls von Anjou p. 228 Note 2 bemerkt, wo er hervorhebt, daß in den erzählenden Quellen über die Zeit dieses Herrschers im Gegensatze zu den Urkunden nie Errichtung königlicher Backöfen erwähnt wird. — ⁵⁾ So Cartellieri, Peter von Aragon (1904) S. 107 mit Berufung auf die Erlasse Karls von Anjou vom 18. Jan. u. 6. Aug. 1284 (*Syllabus a. a. O.* p. 221 u. 228). In der Tat wird aber an ersterer Stelle ausdrücklich Domänenbeamten (*procuratores*) der Auftrag erteilt, für Errichtung von Mühlen und Öfen in *massariis Curiae* zu sorgen, bei der anderen handelt es sich um einen Befehl zur Aufstellung von Mühlen und Öfen, bei denen wenigstens durch nichts angedeutet ist, daß es sich nicht um solche der Domänen handelt. Einträglich konnten derartige Anlagen auch ohne Zwangs- und Bannrechte sein. — ⁶⁾ Vgl. Hein in *Zt. f. Ethnol.* 22 (1890) S. 188, 189.

ältesten größeren Mühlen die vom Orden angelegten „Schloßmühlen“; „zu jeder Burg gehörte, wie ein notwendiges Inventariestück, eine Wassermühle in der Nähe derselben, die für den Bedarf der Burgbewohner arbeitete“. ¹⁾ Auch bei der Gründung von Städten und Dörfern pflegte der Orden als Landesherr sich die Mühlengrundstücke vorzubehalten. Sie blieben von der Aufteilung des Grund und Bodens an die einzelnen Ansiedler ausgeschlossen. Wer nachher verzinslich damit beliehen wurde, empfing sie direkt aus der Hand des Ordens und hatte dessen Mitwirkung und Genehmigung einzuholen, wenn er die ihm verliehene Mühle nebst den dazu gehörigen Ländereien einem Dritten veräußern und abtreten wollte. ²⁾ Ebenso ging die Culmische Handfeste ³⁾ grundsätzlich davon aus, daß der Orden an sich über die Errichtung von Mühlen zu bestimmen habe. Allerdings darf derjenige, dessen Acker von einem tauglichen Gewässer berührt wird, dort eine Mühle bauen; sobald aber die Wasserkraft zur Anlage von mehreren Mühlen geeignet ist, trägt der Orden den dritten Teil der Baukosten und empfängt ein Drittel der Einnahmen der übrigen Mühlen.

Bereits früh finden wir im Ordenslande bestimmte Dörfer einzelnen Mühlen zugewiesen ⁴⁾ und schon 1369 werden die Einwohner eines Dorfes als verpflichtet bezeichnet, ihr Korn in der Ordensmühle mahlen zu lassen. ⁵⁾ Winrich von Kniprode versichert allerdings etwa zu derselben Zeit noch, daß jeder dort mahlen lassen dürfe, wo es für ihn am bequemsten sei, nur dürfe niemand seinen Leuten verwehren, die Ordens-

¹⁾ So Horn, Verwaltung Ostpreußens (1890) S. 596. Über die strategisch wichtige Mühle, die 1239 bei der Errichtung der Burg Balga gewissermaßen als detachierte Bastei zur Sicherung der Zugangsstraße zu jener im Bruch liegenden Burg errichtet wird, vgl. Dusbürg, Chron. terre Prussie III 21 (Script. rer. Pruss. I p. 63) und Ewald, Eroberung Preußens durch den D. Orden (1875) S. 35. —

²⁾ von Brünneck, Zur Gesch. des Grundeigentums in Ost- und Westpreußen I (1891) S. 64 Note 2. — ³⁾ Preuß. Urkb. I (1882) S. 188 § 13. —

⁴⁾ Vgl. die von Weber, Preußen vor 500 Jahren (Danzig 1878) S. 194 Note 8 angeführten Stellen. — ⁵⁾ Vgl. die von Voigt, Gesch. Preußens (1834), S. 640 Note 5 angeführte Stelle einer Dorfbeschreibung von 1369: auch sullen dy inwoner nirgen malen wen in unser molen zu Lewenburg.

mühlen zu benutzen.¹⁾ Im Jahre 1411 beschwerten sich aber die Städte über die von den Ordensmühlen in Anspruch genommenen Zwangsrechte, und diese Klagen kehren später immer wieder.²⁾ Jedesfalls gab es zur Blütezeit des Ordens in einigen Gebieten nur Mühlen des Ordens, und die Bewohner mußten dort ihr Korn mahlen lassen.³⁾ In anderen existierten zwar Privatmühlen, ihre Inhaber waren aber zur Zinszahlung in Geld und Getreide verpflichtet und bedurften der Mitwirkung des Hochmeisters, wenn sie ihre Mühlen veräußern wollten.⁴⁾ Daß indes in späterer Zeit alle Mühlen in Ostpreußen dem Orden oder dem Herzog gehört hätten, kann nicht behauptet werden.⁵⁾ Wenigstens ist dafür kein Beweis erbracht worden, und unter dem großen Kurfürsten finden wir zahlreiche Wassermühlen im Besitz der Untertanen.⁶⁾ Interessant ist, daß sich im 17. Jahrhundert der Mühlenzwang auch gegen die Benutzung der Hand- und Roßmühlen richtete. So gestattete man im Hauptamte Insterburg, wie der Instruktion für die dortigen Kaufschulzen vom 12. Mai 1603 zu entnehmen ist, je nach der Größe der einzelnen Dörfer, darin nur je eine, zwei oder drei Handmühlen; die deutschen Ansiedler und die Inhaber der Kruggerechtigkeit durften gar keine Handmühlen benutzen.⁷⁾ Indes entspricht es noch der Herkunft der ostpreussischen Mühlbannrechte aus der besonderen Begünstigung der Burgmühlen, daß unter dem großen Kurfürsten nach dem Urteil eines sachverständigen Zeitgenossen „die wenigsten Mühlen in diesem Lande Zwangsmühlen“ waren.⁸⁾

¹⁾ Perlbach, Statuten des deutschen Ordens (1890) S. 155 V 2. — ²⁾ Töppen, Akten der Ständetage Preußens I (1874) 159 u. 628, II 133, 239, III 172. — ³⁾ Sattler in Hist. Zt. 49 (1883) S. 249. — ⁴⁾ ibid. — ⁵⁾ wie es von Horn S. 224 geschieht. — ⁶⁾ S. Urkunden und Aktenst. zur Gesch. des Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. von Brandenburg XVI (1899), S. 144 über Mühlen der Stadt Königsberg, S. 613 Note 1 über ritterschaftliche u. bischöfliche Mühlen. — ⁷⁾ Horn S. 224. — ⁸⁾ So der Statthalter Croy in einem Briefe an den Kurfürsten und in seinem Tagebuche (Urk. XVI S. 613 Note 1 u. S. 622). Wenn der Kurfürst sich 1663 von den Städten versprechen ließ, „die Quirdeln, Holz- und ander Hausmühlen“ seinem Befehle gemäß abzuschaffen (Urk. S. 414), so geschah dies, weil die Mühlen die Kontrollstellen für die Getreidesteuer bildeten.